

Banken saniert – Staaten ruiniert? Zoff ohne Ende

Warum ist die Macht der Banken so groß? Wie schwach ist die Politik? Kommt es zu einer schärferen Bankenregulierung? Wie teuer wird die Bankenrettung für den Steuerzahler? Ist ein Ende dieser Dauerkrise absehbar? Über diese und andere Fragen diskutierte SWR-Moderator Thomas Leif mit seinen Gästen, Norbert Blüm und Uwe Fröhlich, in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin. Es ging wieder mal um „schwere Eingriffe am offenen Herzen des Finanzsystems“, so die Presstabelle des SWR-Fernsehens zur Sendung, in der Nacht zum 18. Oktober. Das Damoklesschwert „Insolvenz Griechenlands“ läßt Banken europaweit um ihr Wohl und ihre Existenz bangen.

Die französisch-belgische Dexia Bank konnte gerade erst nur mit milliardenschweren Kapitalspritzen vor dem Ableben bewahrt werden. Immer hektischer, scheint es, versuchen politische Operateure, das gesamte europäische Bankensystem vor dem Kollaps zu bewahren. Auch deutlich beim SWR-Podium: Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Uwe Fröhlich, hat die Großbanken unumwunden aufgefordert, sich wiederum auf die Realwirtschaft statt auf reine Finanzgeschäfte zu konzentrieren. In der SWR-Talkshow >2+Leif< sagte Fröhlich beim Podium:

„Es gilt, die Volumina, die riesigen Finanzkreisläufe weltweit ein Stückweit runterzudampfen und auf das Niveau der Realwirtschaft - im Sinne einer dienenden Funktion - zurückzuführen.“

Dabei kritisierte Fröhlich auch die bisherigen Regulierungsversuche der Politik: „Wir müssen konstatieren,

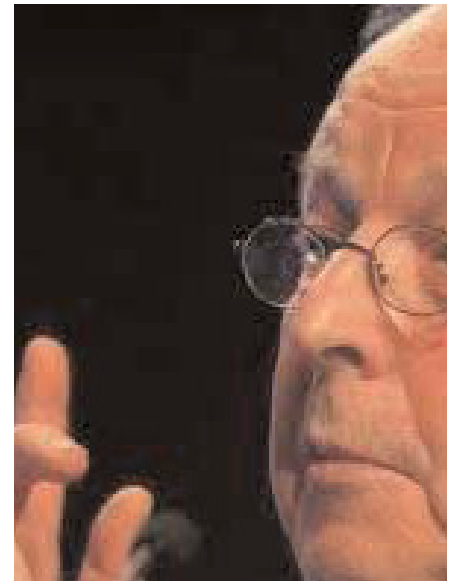
dass die Regulierungsmaßnahmen der letzten drei Jahre nicht dazu geführt haben, dass die Großen nicht noch größer geworden sind. Die gro-



Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken: Nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen! – Uwe Fröhlich



Die nackte Wut auf die Gier der Banken: Demo Mitte Oktober vor dem Reichstag in Berlin.



Fordert eine europäische Gegenmacht contra Finanzwelt: Norbert Blüm (CDU) ehem. Arbeitsminister.

ßen international tätigen Banken seien immer größer geworden und viele Regulierungsmaßnahmen belämmern letztendlich auch Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken. Da schießt man dann mit Kanonen auf Spatzen.“

In derselben Sendung forderte der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) auch mit Nachdruck eine einheitlich europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik: „So geht das nicht weiter: Zweimal im Jahr treffen sich die Staatsmänner und

Quelle: Bildzeitung

-frauen und meinen, sie würden den Banken Paroli bieten. Wir brauchen eine europäische Gegenmacht gegen die Finanzwelt. So leid es mir tut, aber da müssen auch nationale Parlamente Zuständigkeiten abgeben.“

Bei „2+Leif“ im SWR sagte Blüm weiter: „Ich hab nicht gern den Staat nur als Feuerwehr. Wenn er löschen soll, muss

er auch Brandverhütung betreiben.“ Währenddessen eskaliert allenthalben die Wut der Bürger nach den USA auch in Europa: Wieso dürfen die Banken in guten Jahren fette Gewinne einstreichen und warum müssen andererseits in schlechten Zeiten die Steuerzahler einspringen? Und warum verhindert die Politik dies nicht?

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch der aktuelle Protest auf der Straße. „Besetzt die Wall Street“-Demonstrationen in den USA und auch in Deutschland sollen die Manager in den Finanzimperien und die Politik dazu zwingen, endlich einer wirksamen Bankenregulierung zuzustimmen.

Theo Kersche

Basel III

Fehlsteuerung – aber Handlungsvorschläge

Ist die künftige Immobilien- und Mittelstandsfinanzierung in Deutschland durch Basel III gefährdet? Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Stephan Götzl, jedenfalls sieht das durchaus so, denn:

"Die geplanten Basel-III-Vorschriften sehen eine pauschale Anhebung der Mindesteigenkapitalquoten für sämtliche Bankgeschäfte vor. Das gilt auch für die risikoarmen Mittelstands- und Immobilienkredite, die dadurch verteuert werden."

Für eine derartige Verteuerung gebe es unter den Risikogesichtspunkten jedoch gar keinen Grund. Dazu Götzl:

"Um eine Fehlsteuerung und die damit einhergehende massive Belastung der deutschen Volkswirtschaft zu vermeiden, müssen die Baseler Vorgaben risikogerecht angepasst werden."

Deshalb fordert der bayerische Genossenschaftspräsident Maßnahmen, um künftige volkswirtschaftlich schädliche Verzerrungen im Kreditgeschäft zu vermeiden. Dazu gehört – so sieht

er es – auch die Korrektur der Risikogewichtung bei privaten Wohnbaudarlehen (25 % statt 35 %) und gewerblichen Immobilienkrediten (35 % statt 50 %) sowie bei Mittelstandskrediten



Durch einen >Immobilienzyklischen Puffer< würde den unterschiedlichen Marktgegebenheiten in den EU-Mitgliedsländern Rechnung getragen und ein effektives Instrument zur zielgerichteten Risikoprävention geschaffen: Stephan Götzl

(50 % statt 75 %). Damit lasse sich das für diese volkswirtschaftlich bedeutsamen Kredite vorzuhaltende Unterlegungskapital auf bisherigem Niveau durchaus stabilisieren und eine Kreditklemme beim Mittelstand, der ja für die Volkswirtschaft bekanntlich höchste Bedeutung hat, lasse sich so

Basel III...

...bezeichnet ergänzende Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel zu den im Jahr 2004 beschlossenen Eigenkapitalanforderungen (Basel II) für Banken. Basel II wurde in der Europäischen Union durch die Bankenrichtlinie 2006/48/EG und die Kapitaladäquanzrichtlinie 2006/49/EG umgesetzt und in zwei Stufen zum 1. Januar 2007 und zum 1. Januar 2008 zur Anwendung gebracht. Die neuen Empfehlungen (Basel III) basieren einerseits auf den Erfahrungen mit Basel II und andererseits auf den Erkenntnissen und Erfahrungen aus der weltweiten Finanz- bzw. Wirtschaftskrise.

vermeiden. Zudem plädiert Götzl eindringlich dafür, dass die nationalen Regierungen bei der Umsetzung von Basel III das Recht erhalten sollten, die Risikogewichtung für Hypothekarkredite zu erhöhen, wenn sich Übertreibungen auf den Immobilienmärkten abzeichneten.

"Mit der Etablierung eines solchen immobilienzyklischen Puffers würde den unterschiedlichen Marktgegebenheiten in den EU-Mitgliedsländern Rechnung getragen und ein effektives Instrument zur zielgerichteten Risikoprävention geschaffen."

Theo Kersche

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB)

...vereint unter seinem Dach 1.162 genossenschaftliche Unternehmen mit etwa 2,7 Millionen Mitgliedern. Dazu zählen 300 bayerische Volks- und Raiffeisenbanken sowie 862 ländliche und gewerbliche Genossenschaften. (Stand 01.01.2011)